

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Rates der Gemeinde Wadersloh im Ratssaal (Tel. 950-104) des Rathauses Wadersloh am 21.12.2005

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

Anwesend:

a) vom Gremium:

Vorsitzender:

BM Westhagemann, Theo

Mitglieder:

RM Blessau, Gerhard

RM Böcker-Riese, Hannelie

RM Borghoff, Paul

RM Bösl, Ulrich

RM Braun, Stefan

RM Brune, Walter

RM Driftmeier, Josef

RM Eckey, Werner

RM Eilhard-Adams, Maria

ab 17:03, P. 5 teilw.

RM Fleiter, Albert Josef

RM Fleiter, Ferdinand

RM Gövert, Thorsten

RM Grothues, Klaus

RM Heitvogt, Josef

RM Hollenhorst, Elisabeth

RM Jungilligens, Alfred

RM Marke, Ferdinand

RM Marx, Bernd

RM Moltran, Heike

RM Müller, Frank

RM Nienaber, Ulrich

RM Petertombeck, Paul

RM Preßer, Bernd-Lothar

RM Rühl, Jürgen

RM Sadlau, Verena

ab 17:03, P. 4

RM Schmidt, Erich

RM Steiling, Norbert

RM Steiling, Ulrike

RM Weber, Erwin
RM Weinekötter, Wilhelm-Josef
RM Weißenfels, Helmut
RM Werner, Helmut

b) von der Verwaltung:

BG Gödde, Heinz-Hermann
Herr Neugebauer, Dieter
Herr Blex, Franz
Herr Morfeld, Norbert
Herr Ahlke, Elmar

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Begrüßung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung
4. Kurzbericht der Verwaltung
5. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2006 mit den Anlagen
- 5.1. Haushaltssatzung 2006 HA 9/05, P. 12.1
- 5.2. Stellenplan 2006 HA 9/05, P. 12.2
6. Änderung des Geltungsbereiches der Satzung der Gemeinde Wadersloh über die Grenzen für die im Zusammenhang bebauten Ortsteile gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 2 BauGB für den Bereich Wadersloh-Nord BPA 7/05, P. 10
HA 9/05, P. 4
BPA 08/05, P. 8
Satzungsbeschluss
7. Überarbeitung der Richtlinien für Ehrungen der Gemeinde Wadersloh HA 9/05, P. 9
8. Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe HA 9/05, P. 10
Ausgaben für verschiedene Anlässe
9. Zuwendungen an Fraktionen (HA 9, P. 12.1)
10. Antrag der CDU-Fraktion zur Schaffung eines Bolzplatzes in Wadersloh
11. Anfragen der Ratsmitglieder

12. Berichte der Ausschüsse
 - 12.1. Bau-, Planungs- und Strukturausschuss Nr. 7 vom 16.11.2005
 - 12.2. Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Nr. 4 vom 17.11.2005
 - 12.3. Ausschuss für Familie und Soziales Nr. 5 vom 23.11.2005
 - 12.4. Ausschuss für Umwelt und Landschaft Nr. 2 vom 24.11.2005
 - 12.5. Hauptausschuss Nr. 9 vom 07.12.2005

13. Verschiedenes
 - 13.1. Zuständigkeitsordnung
 - 13.2. Zustand eines Weges
 - 13.3. Ratsbesuch bei Prof. Dr. Drews in Aachen

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Zur Sitzung des Rates war unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden. Der Bürgermeister begrüßte die vorstehend Genannten und stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

BM Westhagemann begrüßte besonders das Ehrenratsmitglied Arthur Steinke sowie Frau Viezens, die ehemalige Mitarbeiterin der Gemeindedirektoren Kleinhans und Gövert.

2 Einwohnerfragestunde

Fragen wurden nicht gestellt.

3 Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung

Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen.

4 Kurzbericht der Verwaltung

Der vom Bürgermeister nachstehend gegebene Kurzbericht der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Kurzbericht
der Verwaltung zur Ratssitzung am 21.12.2005

1. 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Verbandslasten der Wasser- und Bodenverbände

Die Satzung vom 24.11.2005 zur 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Verbandslasten der Wasser- und Bodenverbände wurde am 29.11.2005 in der Tageszeitung „Die Glocke“ veröffentlicht. Die Satzung tritt am 01.01.2006 in Kraft.

2. 19. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Wadersloh

Die Satzung vom 24.11.2005 zur 19. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Wadersloh wurde am 29.11.2005 in der Tageszeitung „Die Glocke“ veröffentlicht. Die Satzung tritt am 01.01.2006 in Kraft.

3. Prüfung der Gemeinde Wadersloh

In der Zeit vom 21.11. bis 16.12.2005 hat die Prüfung der Gemeinde Wadersloh durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) stattgefunden. Das Ergebnis wird zu gegebener Zeit bekannt gegeben.

5 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2006 mit den Anlagen

BM Westhagemann ging darauf ein, dass die neue Systematik nach NKF auch eine veränderte Art der Beratung mit sich gebracht habe. Er bat die Sprecher der Fraktionen, Ihre Stellungnahme vom Rednerpult aus mit Mikrofon zu halten, damit insbesondere die erschienenen Zuhörer die Wortbeiträge besser zur Kenntnis nehmen könnten.

Die Vorsitzenden der im Rat vertretenen Fraktionen trugen ihre Stellungnahmen zu diesem Tagesordnungspunkt in folgender Reihenfolge vor:

Stellungnahme der CDU-Fraktion zur Haushaltssatzung 2006:

„Ohne populistische Reden trägt die CDU-Fraktion in schwieriger Zeit ihre Verantwortung für den Haushalt unserer Gemeinde. Die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte wird jeden Monat dramatischer. In den letzten 5 Jahren war der wirtschafts- und finanzpolitische Absturz unseres Landes beispiellos. Hinzu kommt, dass in NRW seit 39 Jahren Landesregierungen mehr Geld ausgegeben haben als eingenommen wurde. Dies alles verschärft die Situation und führt zu dieser Dramatik. Wir haben keine angespannte Haushaltslage, diese Aussage ist eine Untertreibung, die öffentlichen Kassen bei Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungsträgern sind leer. Unternehmen müssten Konkurs anmelden.

Weil die Lage so dramatisch ist, verdienen die beiden neuen Handelnden Frau Bundeskanzlerin Merkel und Herr Ministerpräsident Rüttgers unseren Respekt und unsere Unterstützung.

Dank der vorsichtigen und sparsamen Finanzpolitik der Vergangenheit sind uns Haushaltssicherungskonzepte erspart geblieben. Aber der Rahmen wird immer enger. Zuweisungen des Bundes und des Landes werden immer geringer und bleiben aus. Steuerausfälle und die hohe Arbeitslosigkeit zwingen zum Handeln.

900 000 € mehr gibt Wadersloh für Hartz IV aus.

Aus diesem Grund trägt die CDU-Fraktion die Anhebung der Grundsteuer A, B sowie der Gewerbesteuer mit. Die Abwassergebühr steigt wegen der notwendigen und vorgeschriebenen Investitionen in der Abwasserreinigung. Aber nicht nur Steuern erhöhen sondern dann auch sparen, auch wenn es weh tut, ist notwendig, dazu sind wir auch den Bürgern und Steuerzahlern verpflichtet. Das Ziel unserer Haushaltspolitik ist es, die Neuverschuldung gering zu halten, um nicht in ein Haushaltssicherungskonzept zu kommen. Sind wir dort erst drin, ist es mit allen freiwilligen Leistungen vorbei. Daher haben wir alles überprüft und auch Vorschläge unterbreitet, mit denen man sich nicht beliebt macht. Übrigens, es ist schon aufgefallen, dass die SPD zwar über die Haushaltslage lamentiert, aber keine Sparvorschläge eingebracht hat. Das Gegenteil ist der Fall. Ihre Taktik scheint zu sein, die schönen Forderungen für uns und das böse Sparen und Verantwortung tragen für die CDU. Aber solch eine Rollenverteilung wurde schon immer von der Bürgerschaft durchschaut.

Wir bekennen uns zur Sparpolitik, auch dazu, dass im nächsten Jahr der Eigenanteil bei den Seniorenausflügen von 5 € auf 10 € angehoben wird. Aber wenn wir in die Haushaltssicherung kommen, dann gibt es diese Fahrten nicht mehr.

Der Wegfall des Zuschusses für Klassenfahrten ist die Beendigung einer Doppelbezuschussung, die es in keiner Gemeinde rund um Wadersloh gibt. Dieser Zuschuss stand nie für alle Schülerinnen und Schüler zur Verfügung. Und Schülerinnen und Schüler, deren Eltern den Familienpass haben, bekommen weiterhin Zuschüsse zu Klassenfahrten. Den Familienpass erhalten Familien mit 3 Kindern oder einem behinderten Kind, Familien, die durch Arbeitslosigkeit getroffen sind oder Alleinerziehende. Die harte Rhetorik in den Ausschüssen, liebe Opposition, war unangebracht. Sicher können wir vieles bezahlen, wenn wir bereit sind, weiter in die Verschuldung zu gehen. Aber nicht mit der Union. Und wenn wir in den Schulbereich investieren, dann hat bei der CDU ganz klar die Investition in die Ausstattung und die Lernmittel Vorrang.

Die Summen, die in die Ausstattung der Schulen investiert werden, können sich sehen lassen. Und ich bin da ganz deutlich, die neue Schulküche für die Konrad Adenauer Hauptschule hat Priorität auch vor Fahrtkostenzuschüssen.

Bei der personellen Ausstattung des Jugendtreffs würden wir sicher auch lieber aus dem Vollen schöpfen, aber lieber sparsamer, als durch Klotzen die langfristige Existenz zu gefährden. Jugendarbeit in unserer Gemeinde wird neben dem Jugendtreff durch die Förderung der Jugendverbände, den Häusern der Kirchengemeinden, durch Sportförderung, durch die Bereitstellung von Sportplätzen und Hallen und durch die finanzielle Förderung von Jugendfreizeitmaßnahmen unterstützt.

Unsere Gemeinde wird für die Kindergärten in kirchlicher Trägerschaft im nächsten Jahr rund 58.000 € mehr ausgeben müssen. Leicht erhöht wird der Ansatz für die Spielplätze.

Gespart wird aber auch bei den Fraktionen und ihrer Ausstattung. So haben wir für die Verschiebung des Ratsinformationssystems gestimmt, wie auch für den FDP-Vorschlag, die Zuweisungen an die Fraktionen um 20 % zu kürzen. Dass dies von der SPD kritisiert wird, wundert nicht. Noch vor einem Jahr hat gerade die SPD sich für die weitere Vergrößerung der Ausschüsse und der damit verbundenen Mehrkosten stark gemacht. Verehrte SPD, man muss auch bereit sein, bei sich zu sparen und nicht nur bei anderen. Die notwendige Satzungsänderung muss noch durchgeführt werden.

Ehrengaben bei Jubiläen und bei Pensionierungen von Bediensteten sind ebenfalls eingespart worden, genauso wie die kommunale Wohnungsbauförderung ausläuft. Erhalten bleibt die volle Vereinsförderung, alles andere wäre ein falsches Signal. Gerade jetzt wird das Ehrenamt gebraucht.

Unsere Gemeinde ist in den letzten Jahren gut gewachsen. Gerade mit den Baugebieten Karl-Arnold-Str und Buschkampweg oder in Osthusen An den Weiden ist unser Ort gut gewachsen. Wir freuen uns, in Liesborn und in Diestedde demnächst weitere Bauplätze zur Verfügung stellen zu können. In Wadersloh muss in diesem Bereich sicher weiter geplant und eine Entscheidung getroffen werden, wo die Wohnbauentwicklung weiter gehen soll. Unser Ziel ist es, mit günstigem Bauland Familien zu fördern und die Bauwirtschaft ein wenig an zukurbeln. Wir sind weiter für die vorsichtige Wohnbauentwicklung, damit unsere Gemeinde nicht zu den Verlierern der Demographischen Entwicklung wird und unsere Infrastruktureinrichtungen ausgelastet bleiben.

Zu bedauern ist in der Tat das Sinken der Investitionsquote. Aber solange uns die Einnahmen wegbrechen, müssen wir uns hier zurückhalten. Der Gang auf den Kreditmarkt ist keine Alternative.

Aber auch im nächsten Jahr werden notwendige Maßnahmen im Straßenbaubereich, bei Wirtschaftswegen oder in der Gewässerunterhaltung gemacht. Wir begrüßen die neue Überplanung des Dreischenhofs und dass dies mit der Wenkerstraßenplanung in den nächsten Monaten in Einklang gebracht wird. Die CDU fordert auf, die Planung eines Gewerbegebiets rasch voranzubringen.

Auch sollen Vereine, wie der Reiterverein Schützenverein Liesborn oder der SV Diestedde, bei ihren Investitionen unterstützt werden

Wir haben festgestellt, dass im Stellenplan ebenfalls gespart wurde. Eine Stelle, die durch Pensionierung frei wird, wird nicht mehr neu besetzt, 2,5 Kräfte arbeiten bei der ARGE Hartz IV. Dies entlastet uns heute und in Zukunft.

Standards müssen weiter überprüft werden, um langfristig zu sparen. Wir freuen uns über die 6 Ausbildungsplätze, die die Gemeinde zur Verfügung stellt. Wir als CDU bitten an dieser Stelle, Handwerk, Handel und Industrie zu prüfen, ob weitere zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Junge Menschen brauchen Chancen und Perspektiven.

Danken möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und des Bauhofes, die wieder gute Arbeit geleistet haben; den vielen Menschen in unserer Gemeinde, die durch ehrenamtliche Arbeit unsere Dörfer leben- und liebenswert halten und bei den Kolleginnen und Kollegen im Rat, dass der Arbeitsstil wieder von mehr Sachlichkeit geprägt ist.

Zum Schluss möchte ich das große Geheimnis lüften, die CDU-Fraktion wird auch in schwerer Zeit Verantwortung tragen und dem Haushalt in allen seinen Teilen zustimmen.“

Ulrich Bösl
Vorsitzender CDU-Fraktion

Stellungnahme der SPD-Fraktion zur Haushaltssatzung 2006:

„Bevor wir uns den Einzelheiten des Etatentwurfs für 2006 zuwenden, möchten wir voranschicken, dass wir es begrüßen, dass die Verwaltung - und wir schließen Sie, Herr Bürgermeister, als Chef der Verwaltung ausdrücklich mit ein – den Mut und die Bereitschaft aufgebracht hat, als eine der ersten Gemeinden im Kreis Warendorf einen Haushalt im neuen NKF-Format vorzulegen. Wir anerkennen die Leistung der Mitarbeiter, die die aufwändigen Vorarbeiten, weitgehend ohne externe Hilfe, erbracht haben. Wir wissen, dass dies ohne ein Höchstmaß an persönlicher Motivation nicht hätte erreicht werden können. Uns allen wünschen wir den erhofften Erfolg.

Ich denke, Sie stimmen mit uns überein, dass die Arbeit noch lange nicht getan ist, dass in den nächsten Jahren noch weitere Arbeit nötig ist; vielleicht gibt es auch mal Enttäuschungen und Rückschläge. Wir werden uns bemühen, mit der Verwaltung offen und fair umzugehen. Das gleiche erwarten wir von ebenfalls von den Bediensteten, denn auch wir als Feierabendpolitiker müssen noch dazulernen. Packen wir diese Sache gemeinsam an.

„Ohne Titel keine Mittel“ lautete bisher eine Spruchweisheit der Kämmerer, neuerdings heißt es: „Ohne Geld gibt's keine Produkte“. Auch NKF lässt kein Geld vom Himmel regnen, auch wenn die Gemeinde lange Jahre ein leuchtender Stern am Finanzhimmel war: Sterntaler fallen nur im Märchen.

Liebe Kollegen von der CDU, in den vergangenen Jahren immer das gleiche Ritual: Erst stimmte ihr Fraktionsvorsitzender ein Klagegedicht über die allgemeine Finanznot der Kommunen an, dann lobte er die solide Arbeit seiner Fraktion und zeigte mit dem Finger auf benachbarte HSK-Städte. Dann erfolgte verhaltene Empörung über die Höhe der Kreisumlage, um dann massive Beschwerden über die damalige SPD geführte Landesregierung anzuhängen: Das Land lasse die Kommunen im Stich, verlässliche Zahlen über Finanzzuweisungen kämen viel zu spät, der NRW-Haushalt würde mal wieder erst im nächsten Jahr verabschiedet usw. usw.

In diesem Jahr ist das natürlich ganz anders. Nach dem Regierungswechsel in NRW sind wir – fürchte ich – vom Regen in die Traufe gekommen: Kein Referentenentwurf, keine Eckdaten, Schweigen im Düsseldorfer Bürokratenwald. Der Landeshaushalt soll nun erst Mitte 2006 verabschiedet werden. So musste der Städte- und Gemeindebund sich selbst ans Rechnen begeben und mit eigenen Prognosen Unterstützung geben. Der FDP- Innenminister entpuppt sich als Wolf im Schafspelz, in seinem liberalen Übereifer scheint er Arbeitsplätze eher zu vernichten als neue zu schaffen und unser neuer Landesvater fühlt sich für alles verantwortlich, aber für wenig zuständig. Herr Bürgermeister Westhagemann hat ja so seine Erfahrung mit einem Regierungswechsel und bei seiner Einbringungsrede frühzeitig die Erwartungen gedämpft. Wir überlassen es Ihnen weiterhin, auf die Landesregierung zu schimpfen, Sie haben da einfach 39 Jahre mehr an Erfahrung.

Ich möchte an dieser Stelle auch mal auf Gemeinsamkeiten eingehen, immerhin regiert die SPD ja seit ein paar Wochen in Berlin zusammen mit der CDU. Jetzt können wir endlich mal gemeinsam auf eine Bundesregierung schimpfen. Noch gibt es derzeit noch keinen Anlass. Noch gilt die Zusage der alten Bundesregierung, die Kommunen im Zusammenhang mit Hartz IV zu entlasten. Wir sind uns einig: Dabei muss es bleiben! Die kommunenfreundliche Entscheidung, sich auch im nächsten Jahr in unveränderter Höhe an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose zu beteiligen und auch für das Jahr 2005 keine Rückzahlungen zu fordern, hat weiterhin Bestand. Insofern drohen unserem Haushalt von der Seite mal keine zusätzlichen Belastungen.

Der Kreis hat auf die Abrechnung der Monate Nov. und Dez. verzichtet, was uns für das Jahr 2006 um 300.000 € entlastet. Allerdings haben sich im Gegenzug die Bürgermeister der 13 Städte und Gemeinden verpflichtet, die Zahl der Hartz IV- Empfänger um 10 % zu senken. Diese Zielvorgabe und den dadurch ersparten Betrag haben wir im Haushaltsplan nicht gefunden.

Der Herr Bürgermeister hat den noch etwas ungewohnten Aufbau des HHP nach dem NKF bereits in der Einbringungsrede dargestellt. Beginnen wir mit der Eröffnungsbilanz, der Darstellung der kommunalen Vermögens- und Schuldensituation. Wir haben durchaus Verständnis dafür, dass die Endfassung erst nach Abschluss des laufenden Rechnungsjahres, also erst im nächsten Jahr vorgelegt werden kann, weil eine Reihe von Daten erst dann übernommen werden können. Weniger Verständnis haben wir dafür, dass uns nicht einmal eine vorläufige Eröffnungsbilanz ausgehändigt wurde, die die Verwaltung ja erstellt hat. Die Gründe sind uns nicht genannt worden. Ich bezweifle, dass sich die Verwaltung damit einen Gefallen getan hat. Es gibt allerdings im Anhang einen Schätzwert der Verwaltung. Nachvollziehen können wir leider nicht, ob die angegebene runde Zahl von 40 Millionen Euro das Ergebnis einer sorgfältigen oder einer groben Schätzung ist. Immerhin beruhigend, dass die Gemeinde noch nicht überschuldet ist. Mangels besserer Kenntnisse betrachten wir daher den Haushaltsplanentwurf als vorläufig. Aber nach dem Wunsch der Verwaltung soll eben heute endgültig abgestimmt werden.

Die Kreisumlage bleibt zumindest vom Umlageprozentsatz her stabil, die Jugendamtsumlage sinkt. Die Wirtschaftslage zeigt erste Anzeichen der Erholung, die Belastungen durch Hartz IV werden per Saldo kleiner. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sollen im nächsten Jahr steigen; wir gehen davon aus, noch stärker als im Haushaltsplan ausgewiesen, denn in nächster Zeit müsste auch Wadersloh dem allgemeinen Trend im Lande folgen.

Zur Verbesserung der Einnahmen hat der Bürgermeister in seinem Entwurf vorgeschlagen, die Gemeindesteuern zum Teil kräftig anzuheben. Während die Hebesätze der Grundsteuer A um 10 Punkte und die Gewerbesteuer mit 8 Punkten moderat steigen sollen, ist bei der Grundsteuer B eine Anhebung um 50 Punkte auf 380 % vorgesehen. Das trifft vor allem Familien, die ein Eigenheim gebaut oder eine Wohnung gemietet haben, besonders hart. Sie müssen neben einem Anstieg der Abwassergebühren um 9 % in 2006 exorbitante Steigerungen der Energiekosten verkraften, vielfach sogar bei sinkenden Einkommen.

Wir halten eine derart massive Erhöhung der Grundsteuer B für höchst unsozial und familienfeindlich. Erst wurden Bauwillige durch günstige Grundstückspreise nach Wadersloh gelockt, jetzt folgen die Belastungen. Wir hatten im Hauptausschuss beantragt, den Hebesatz für 2006 nur um 10 Prozentpunkte auf 340 % anzuheben, eine Quote, um die auch die Grundsteuer A steigen soll. Die CDU- Mehrheit hat ein kräftigen Schluck aus der Pulle gewollt und eine Erhöhung um 50 Prozentpunkte beschlossen, gegen die Stimmen von FDP, FWG und SPD.

Wenden wir uns anderen Zielen und Zahlen des vorliegenden Entwurfs zu. Zunächst zu den Zielen. Unter einem Ziel wird eine angestrebte Wirkung bzw. ein gewünschter Zustand zu einem bestimmten Zeitpunkt verstanden. Die Formulierung der Ziele wird zukünftig eine der wichtigsten Aufgabe der Kommunalpolitiker sein. Ziele und Kennzahlen sollen zur Grundlage der Gestaltung, Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährliche Haushalts gemacht werden.

Damit ist auch geklärt, wer die Ziele bestimmt, nämlich wir, die Kommunalpolitiker. Im vorliegenden Entwurf sind etliche Ziele vorformuliert, wir betrachten auch sie auch als Entwurf, als Diskussionsgrundlage und damit veränderbar. Klar ist, dass dies nur im Rahmen der verfügbaren Finanzmittel geschehen kann.

Auch die Verwaltung erhält mehr Freiheit beim Geldausgeben; eigenverantwortlich kann sie die Mittel im Rahmen von Budgets flexibel optimal einsetzen.

Auch wir Kommunalpolitiker müssen umdenken und dazulernen. Wir, die SPD- Fraktion, wollen das auch.

Obwohl viele Zielformulierungen noch ergänzungsbedürftig sind oder der Präzisierung bedürfen, haben wir uns entschieden, die Vorschläge der Verwaltung diesmal weitgehend unverändert zu lassen. Es wäre wahrscheinlich auch besser gewesen, zu einem früheren Zeitpunkt über Ziele zu diskutieren. Das war aber in diesem Jahr mit zwei Wahlen wohl nicht zu leisten. Dies sollte die Hauptaufgabe aller Fraktionen im nächsten Jahr sein. Vertrauen wir einstweilen auf den Sach- und Fachverstand der Verwaltung.

Gestatten Sie mir nun ein paar Anmerkungen zu einigen Produkten.

Auf der ersten Seite werden wir Ratsmitglieder bzw. Fraktionen bedacht: Produkt 01.01.01 Politische Gremien. Nachdem im Hauptausschuss einvernehmlich die Einführung eines elektronischen Ratsinformationssystems verschoben worden war, beantragte die FDP eine pauschale Kürzung der Aufwendungen um 20 %. Wir halten diesen Vorschlag für unredlich und nicht durchdacht. Vorweg: Es geht ja um die gigantische Einsparung von 826 € im Jahr. Unsere Argumente werden wir gleich noch einmal darlegen; wir wollen auch mal überprüfen lassen, ob unsere Fraktionsarbeit nicht unzumutbar eingeschränkt wird. Vermutlich können die anderen Fraktionen aufgrund ihrer schlechten Fraktionsarbeit auf Geld verzichten, wir hingegen brauchen mehr als 40 Eurocent pro Tag, um uns zu informieren, weiterzubilden oder mit anderen SPD-Fraktionen in Kontakt zu bleiben. Übrigens: Was man nicht in der Glocke lesen konnte, war die Reaktion der CDU, als die SPD- Fraktion beantragte, die Verwaltungsspitze möge ebenfalls sein Scherflein beitragen: die Verfügungsmittel des Bürgermeisters in Höhe von 2000 € sollten nur um 10 % gekürzt werden. Dieser Antrag wurde von der CDU-Fraktion empört zurückgewiesen.

Nur wenige Minuten später hat die CDU-Fraktion mit ihrer Mehrheit gegen den Willen aller anderen Fraktionen den Zuschuss für Klassenfahrten instinktlos komplett gestrichen. Wieder eine Kürzung, die vor allem weniger gut betuchte Familien trifft.

Noch mehr schmerzt es uns, dass wir mit der Offenen Jugendarbeit nicht vorankommen. Nachdem unter gemeinsamer Anstrengung aller im Rat vertretenen Fraktionen mit dem Umbau der Villa Mauritz die räumlichen Voraussetzungen geschaffen worden sind, gilt es nun, die Jugendarbeit in Wadersloh durch ein tragfähiges Konzept und qualifizierte Mitarbeiter mit Leben zu erfüllen. Anfang 2005 hatten Sie, Herr Bürgermeister, angekündigt, nach der Sommerpause könne über ein Konzept beraten werden. In der Sitzung des FSA wurde aber kein Konzept der Verwaltung vorgelegt, stattdessen gab ein Vertreter des Kreisjugendamtes die Anregung, ein gemeinnütziger Verein könne die Aufgabe für die Gemeinde übernehmen. Einzig die SPD- Fraktion hatte ein Konzept eingebracht. Eine Entscheidung wurde jedoch vertagt. Bis heute konnte die Nutzung des Jugendtreffs nur als Notbetrieb realisiert werden. Dies entspricht aber keinesfalls dem gemeinsamen Willen des Ausschusses für Familie und Soziales und der Ratsfraktionen. In der letzten Hauptausschusssitzung hörten wir wieder die üblichen Ausreden des Bürgermeisters: Die Gemeinde verhandle mit einem gemeinnützigen Verein, mit welchem, wurde auch auf Nachfrage nicht verraten. Und man solle erst einmal abwarten, ob durch das Projekt „Hauptschule als Ganztagschule“ nicht doch eine Schulsozialarbeiterin zur Verfügung gestellt werde. Die Gemeinde versuche eben durch diese Maßnahmen die Jugendarbeit zukunftssicher zu machen. Wir meinen:

Das sind doch nur alles schöne Worte. Zukunftssicher kann man nur etwas machen, was es bereits gibt und was auch funktioniert. Und das ist nicht der Fall. Was wollen Sie eigentlich, Herr Bürgermeister? Soll ein Trägerverein die Jugendarbeit in Wadersloh übernehmen? Dabei würde die SPD-Fraktion Sie bei entsprechender Ausgestaltung unterstützen. Oder wollen Sie die Offene Jugendarbeit privatisieren und an den meistbietenden Verein verhökern? Dann müsste im Haushalt ein Zuschuss für einen Trägerverein veranschlagt sein. Wir haben den Eindruck, dass eine Entscheidung über die Offene Jugendarbeit auf den St.-Nimmerleinstag verschoben werden soll. Mit den derzeitigen Notlösungen soll nur verschleiert werden, dass Sie, Herr Bürgermeister, die Offene Jugendarbeit eigentlich gar nicht wollen. Nun soll der Sparzwang als Begründung herhalten. Und auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, haben das dokumentiert, indem Sie unseren Antrag abgelehnt haben, die Personalaufwendungen für diesen Bereich zu erhöhen. Wann werden Sie endlich begreifen, dass dies ein Zukunftsbeitrag für unsere Gemeinde ist. Sie, Herr Bürgermeister, haben doch die Familienpolitik zur Chefsache erklärt. Es reicht nicht aus, pressewirksame Familienforen zu veranstalten, sich inmitten einer Kinderschar ablichten zu lassen und vollmundige Versprechen abzugeben. Wir und viele Jugendliche in Wadersloh wollen endlich Taten sehen. Bei einem Ausgabevolumen des Haushaltes von über 18 Millionen Euro sind 5 Promille für die Offene Jugendarbeit wohl zu schultern.

Zu unserer Verwunderung nimmt die CDU auch noch weitere Kürzungen im Schulbereich vor, Investitionen im Schulbereich werden auf spätere Jahre verschoben. Sie setzen damit unseren wichtigsten Standortvorteil aufs Spiel, nämlich das wohl sortierte Angebot an Schulen in unserer Gemeinde. Das veranlasst junge Familien, nach Wadersloh zu ziehen, wo es (bisher) günstige Grundstücke und moderate Gebührensätze gab.

Gerne hätten wir dem ersten nach dem NKF erstellten Haushalt zugestimmt. Mit vielen der dargestellten Ziele kann sich die SPD-Fraktion auch einverstanden erklären.

Wegen der in wesentlichen Bereichen, neuerdings Produktgruppen genannt, erkennbaren Familienfeindlichkeit müssen wir dem Haushaltsplanentwurf 2006 unsere Zustimmung versagen. Und wegen der nicht ausreichenden Stellenausstattung im Jugendbereich stimmen wir auch dem Stellenplan nicht zu.

Auch wenn die Zusammenarbeit nicht immer ganz einfach war, bedanken wir uns bei allen Ratsfraktionen, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und Ihnen, Herr Bürgermeister. Uns allen wünschen wir ein friedliches Weihnachtsfest, einen besinnlichen Jahreswechsel und ein gutes Jahr 2006.“

Erich Schmidt
Vorsitzender SPD-Fraktion

Stellungnahme der FWG-Fraktion zur Haushaltssatzung 2006:

„Bürgermeister Westhagemann leitete am 2. November 2005 seine Haushaltsrede mit dem bedeutenden Ereignis aus dem Jahr 1969 ein, als Neil Armstrong als erster Mensch den Mond betrat. Er hatte damit einen kleinen Schritt für einen Menschen, aber einen riesigen Sprung für die Menschheit vollbracht.

Für die Umstellung der Haushaltsführung von der Kameralistik zur Doppik haben sicher viele Beteiligte viele kleine Schritte an verschiedenen Stellen gemacht, ob aber damit ein großer Sprung für die Menschen eingeleitet wurde? – Große Sprünge sind bei der jetzigen Haushaltslage nicht zu machen, selbst wenn wir erst im Frühjahr 2006 in der Eröffnungsbilanz das Vermögen der Gemeinde in schwarzen Zahlen bestaunen können. Die Doppik verändert nicht die Lage der Gemeinden, sondern nur die Sichtweise darauf.

„Die neue Steuerung“, so Bürgermeister Westhagemann in seiner Haushaltsrede, „ hat ihr Augenmerk nicht auf den Verbrauch von Geld, sondern auf Ressourcen gerichtet.“ – Aber, und das sehen wir in unserem neuen Haushaltsplan für 2006, wenn für öffentliche Pflichten, Aufgaben und Pläne (wer immer sie definiert hat) kein Geld da ist, werden die Ressourcen „angeknabbert“. Beispiel vor Ort: Die Gemeinde beabsichtigt im kommenden Jahr, gemeindeeigene Gebäude zu veräußern. Selbst wenn wir die daraus erzielten Erträge gegenrechnen, geht die Rechnung langfristig nur dann auf, wenn Ressourcen entsprechend nachwachsen können!

Nun aber zu unserem vorliegenden Haushaltsplan für 2006, den die Fachausschüsse kurz und intensiv, der Hauptausschuss lang und intensiv, beraten haben:

Wie bereits angedeutet: durch ihn wird nicht alles besser – aber vieles anders:

Weil sich auch in Wadersloh die goldenen Zeiten ändern und dem Rechnung getragen werden muss, ist das Bewusstsein, Einsparungen vornehmen zu müssen, in allen Fraktionen mit unterschiedlicher Ausprägung erkennbar gewesen. Die Position der Verwaltung und des Verwaltungschefs bedarf in diesem Jahr einer gesonderten Betrachtung. Dazu mehr an anderer Stelle.

Betrachten wir die Politik der CDU-Mehrheitsfraktion:

Ihr Hauptinstrument zur Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Gemeinde liegt in der Verbesserung der Einnahmenseite über die Erhöhung der Steuerhebesätze bis zur Obergrenze der fiktiven Hebesätze. Das sind in Zahlen 7 Prozentpunkte mehr bei der Grundsteuer A, 8 Prozentpunkte mehr bei der Gewerbesteuer und sage und schreibe eine Erhöhung um 51 Prozentpunkte bei der Grundsteuer B. Die fiktiven Steuerhebesätze sind die Größen, nach denen das Land und der Kreis die Bemessung von Zuweisungen und Umlagen vornimmt. Beide gehen davon aus, dass die Gemeinde die volle Höhe von ihren Bürgern abschöpft. Es stellte sich dem Gemeinderat in den vergangenen Jahren immer wieder die Frage, wie lange sich Wadersloh das noch leisten kann, gleich von zwei Seiten benachteiligt zu werden. Die Vertreter im Gemeinderat kamen aber immer wieder mehrheitlich zu der Auffassung, dass Wadersloh als familienfreundliche, durch die Landwirtschaft geprägte Gemeinde attraktiv bleiben muss. Den Gewerbebetrieben kann mit niedrigen Hebesätzen ein günstiger Standortfaktor geboten werden. Diese Argumente, oder einfach eine bevorstehende Wahl, verhinderten bislang, dass die Gemeinde höhere Hebesätze von ihren Bürgern forderte, als es möglich gewesen wäre.

Doch in diesem Jahr ist alles anders: Die CDU malt den Teufel an die Wand: nur die Steuererhöhung kann den Haushaltsausgleich herbeiführen und die Ausführung der geplanten Aufgaben sicherstellen. (Ein Einschub an dieser Stelle: Von Seiten der Verwaltung hieß es im Zuge der NKF-Schulung: „Wir gehen davon aus, dass mindestens bis 2009 kein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt werden muss“.) Dennoch, ein bisschen gespart wird bei der CDU 2006 auch schon mal: die Zuschüsse zu den Schulwanderfahrten werden gestrichen, kein Kind muss aber deshalb demnächst zuhause bleiben; denn wer einen Familienpass hat oder seine „Bedürftigkeit“ bei der Schule nachweisen kann, der erhält einen Zuschuss. Der Beitrag zum Seniorenausflug wird im kommenden Jahr um 100% angehoben. Man kann sicher die Auffassung teilen, dass 10,00 € kein unangemessener Beitrag zu einem Halbtagsausflug mit Busfahrt etc. ist. Bei den meisten Senioren wird deshalb auch kein großer Unmut aufkommen. Bei den Personalkosten spart man ebenfalls: „Eine ½ Kraft fürs Jugendzentrum, das muss reichen!“, so die CDU-Auffassung!!

Gerade die CDU und an erster Stelle der Bürgermeister hatten sich doch die Familienpolitik groß auf die Wahlkampffahne geschrieben!

Im Juni lud Bürgermeister Westhagemann zu einem Workshop zur offenen Kinder- und Jugendarbeit ein, der vom Kreis Warendorf begleitet wurde. Träger, Vereine und Verbände, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, waren geladen, um ein „künftiges Konzept auf eine breite Basis“ zu stellen, so hieß es in der Einladung. Der Bürgermeister konnte diesen Termin nicht wahrnehmen, denn repräsentative Verpflichtungen im Ausland hatten für ihn Vorrang. Der Beigeordnete unserer Gemeinde begrüßte die Anwesenden, verließ aber bald darauf auf kurzem Wege den Ratssaal, um privaten Terminen nachzugehen. Ich denke, das allein spricht für sich und zeigt, welchen Stellenwert dieser Termin hatte.

Es folgten im Sommer drei medienwirksame Auftritte des Bürgermeisters. Sie standen unter dem Motto „Bürgermeister trifft Familien...“. Die Resonanz war derart enttäuschend, dass heute kaum jemand von verantwortlicher Seite darüber reden mag. Vielleicht wären der Bürgermeister und die Verwaltung gut beraten gewesen, wenn in die Vorbereitung dieser Veranstaltungen die Kommunalpolitiker einbezogen worden wären – schließlich haben wir doch einen Fachausschuss für Familie und Soziales. (Viele Politiker reden zwar viel – aber es ist auch nicht alles schlecht, und manch einer hatte auch schon mal eine gute Idee, die einer Sache zum Erfolg verhalf.)

Am Ende des Jahres stellt sich nun für uns die Frage: Was ist aus all den Aktivitäten des vergangenen Jahres, die Erwartungen und Hoffnung bei den Bürgern weckten, geworden?“

Die Verwaltung und namentlich Bürgermeister Westhagemann wollten in Erfahrung bringen „wo dem Bürger der Schuh drückt“. Es sollte ein Konzept für die offene Jugendarbeit entwickelt werden, das auch Modelle zur Finanzierung beinhalten sollte. Festzuhalten bleibt: Der Jugendtreff wird zukünftig von einer Halbtagskraft geleitet, der Rest soll durch 1-€-Jobs und ehrenamtlich Tätige aufgefangen werden. Von Konzept kann da wohl kaum die Rede sein. Im vergangenen Jahr hat man, nachdem die Leiterin des Jugendtreffs gekündigt hatte, eine Übergangslösung geschaffen, in dem halbtags eine Erzieherin die Leitung übernahm. Dies wurde in der Erwartung eines Konzeptes von uns geduldet. Im Nachhinein müssen wir jedoch zu dem Schluss kommen, dass hier bewusst ein Ratsbeschluss missachtet wurde, indem die frei gewordene Stelle nicht zügig und adäquat neu besetzt worden ist.

Und diese Vorgehensweise soll offensichtlich auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden, denn der Stellenplan enthält die Vollzeitstelle für Jugendarbeit, so die Aussage von Herrn Gödde in der Hauptausschusssitzung. Die dafür eingesetzten Personalkosten und die Aussagen des Bürgermeisters im Familien- und Sozialausschuss sehen in der Praxis aber nur eine Teilzeitkraft vor.

Schlussendlich stellen sich uns folgende Fragen:

Was ist das für eine Augenwischerei, die hier betrieben wird? Hier werden doch Bürger und Politiker gleichermaßen getäuscht!

Was ist das für eine Weichenstellung, die die CDU mit dem Haushaltsplan 2006 vornimmt?

Wo ist die im Wahlkampf 2004 vollmundig verkündete familienfreundliche Politik für Wadersloh geblieben, die Stärkung der Jugendarbeit?

Will man mit diesem Vorgehen die ehrenamtliche Arbeit vorantreiben und sich damit gleichzeitig der Verantwortung entziehen!?! Die Wahlaussage der CDU lautete „Stärkung des ehrenamtliches Engagements!“

Einige positive Aspekte des Haushaltplanes für 2006

möchte ich nicht versäumen zu benennen:

An erster Stelle sei hier der Ausbau des Kreuzungsbereichs in Diestedde genannt. Ein Projekt, das mit dem FWG-Antrag vom November 1999 eingeleitet wurde, kommt nun zur Ausführung. Die Finanzierung ist sichergestellt, wenngleich die Gemeinde 2006 die Summe von 260.000,00 € vorfinanzieren muss – ein Gewaltakt, keine Frage, aber der Gewinn für die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer rechtfertigt ihn.

Die finanzielle Unterstützung der Vereine und Verbände durch die Gemeinde wird im kommenden Jahr ohne Kürzungen geleistet. Sie können das öffentliche Leben in unserer Gemeinde weiterhin bereichern.

Die Arbeit der 6 Kindergärten in unserer Gemeinde ist auch im nächsten Jahr aus finanzieller Sicht abgesichert. Hier werden ab 2006 höhere Aufwendungen von Seiten der Gemeinde erforderlich werden.

Der Brandschutzbedarfsplan und das damit verbundene Fahrzeugkonzept werden in den nächsten Jahren umgesetzt. Erste Investitionen werden bereits 2006 getätigt.

Sparmaßnahmen,

die von der FWG unterstützt werden, bzw. gefordert wurden:

Aufwendungen für die Fraktionen werden um 20 % gekürzt; denn es kann nicht sein, dass dem Bürger hohe Bürden aufgelegt werden, die Politiker sich aber außen vorhalten.

Auf die für 2006 geplante Einführung eines Ratsinformationssystems wird vorerst für 2 Jahre verzichtet. Die Pläne für eine sichere Umsetzung und sinnvolle Nutzung sind noch nicht weit genug gefestigt.

Die Computerausstattung in den Schulen gehört zu einer wichtigen Investition, denn wenn wir in Bildung investieren, investieren wir in unsere Zukunft. Dieses Motto haben wir in der Vergangenheit gern befolgt, unsere Erwartungen sind allerdings zugegebenermaßen erschüttert worden – weitere Ausführungen müssen dazu denke ich nicht mehr gemacht werden. Die FWG hält es für vertretbar, im kommenden Jahr nur Gelder für Ersatzbeschaffungen bereitzustellen. Auf kostspielige Investitionen kann 2006 verzichtet werden.

Der Haushaltsansatz für Instandhaltung kommunaler Gebäude ist ebenfalls, wenn auch nur geringfügig, reduziert worden. Die Beratungen im Bauausschuss wird die FWG im kommenden Jahr allerdings kritisch begleiten, gerade wenn es darum geht, welche Maßnahmen in welcher Ausführung zwingend notwendig sind. Hier sehen wir noch erhebliches Einsparpotential.

Eine Kürzung bei dem Ansatz für den Ausbau und die Erweiterung des geografischen Informationssystems (kurz: GIS) konnte nicht mehrheitlich durchgesetzt werden. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang war allerdings die Argumentation der Verwaltung: Der Leiter des Bauamtes vertrat die Auffassung, dass eine Kürzung *natürlich* möglich sei, schob aber ein, dass es dadurch zu einer Verzögerung bei der Einführung kommen würde. Schnell versuchte Herr Ahlke daraufhin zu retten, was zu retten ist. Er verwies energisch auf bereits gefasste Beschlüsse und machte deutlich, dass ein Aufschub nicht möglich sei, da das Konzept für das gesamte Rathaus erarbeitet sei und so eine Weiterentwicklung blockiert würde.

Die vorgesehenen Kosten für den Bau eines separaten Toilettengebäudes am Sportplatz in Diestedde können im kommenden Jahr eingespart werden. Der Erlös aus dem Verkauf des Bauhofgebäudes in Diestedde kann 2006 in den Haushalt fließen. Der Bedarf nach einem Sanitärgebäude, das in unmittelbarer Nähe zum Sportplatz steht, wird von der FWG anerkannt. Die Umsetzung und die damit verbundene Finanzierung muss aber noch gut durchdacht und geplant werden. (Die Kombination mit einem Geräteraum zur Unterstellung von Bauhofgeräten kann nach den Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die im Bauausschuss vorgestellt wurden, nun zu den Akten gelegt werden.)

Zusammenfassung:

Zur Sanierung der öffentlichen Kassen sind wichtige Einschnitte notwendig, gravierende Veränderungen müssen vorgenommen werden und das wird zwangsläufig für alle Beteiligten schmerzhaft sein!

Diesen Satz oder ähnliche Formulierungen hören wir ständig und von verschiedensten Seiten.

Es ist keine Frage, dass gemeindliche Haushalte durch viele Aufgaben und Pflichten, die Bund und Land bestimmt haben, über Gebühr belastet werden; denn die Frage der Finanzierung ist in vielen Fällen offen geblieben oder offen gelassen worden.

Die FWG ist der Auffassung, dass zur Verbesserung der gemeindlichen Haushaltslage in erster Linie alle Ausgaben kritisch überprüft und gegebenenfalls reduziert, gestreckt oder gestrichen werden müssen. Gezielt müssen in diesem Bereich Ansprüche zurückgefahren werden. In einem weiteren Schritt kann über die Einnahmeseite die Haushaltssituation verbessert werden.

In den kommenden Jahren werden die Bürger in vielen Bereichen höhere Ausgaben tätigen müssen. Ich denke da zum Beispiel an drastisch steigende Energiekosten, die Streichung der Eigenheimzulage, die Streichung der Pendlerpauschale, die sicher Berufstätige im ländlichen Raum hart treffen wird und die für 2007 angekündigte Mehrwertsteuererhöhung von 16 % auf 19 %. Die Gemeinde wird im kommenden Jahr, so haben es die Berechnungen ergeben, die Abwassergebühr anheben müssen.

Dies sind vorrangig Maßnahmen, von denen gerade junge Familien mit Kindern getroffen werden. Auf der anderen Seite sollen diese jungen Familien aber der Motor für den wirtschaftlichen Aufschwung sein: Sie sollen durch ihre Arbeit Krankenkassen und Rentenkassen füllen oder zumindest für den entsprechenden Nachwuchs sorgen; sie sollen die Erziehung und Bildung der Kinder fördern, was selbstverständlich ohne Geld kaum möglich ist; sie sollen konsumieren, um den Absatz von Gütern zu gewährleisten; sie sollen für Gesundheit und Alter pflichtbewusst Vorsorge treffen; sich politisch engagieren und ehrenamtlich tätig sein.

Nicht zu vergessen: Immer schön optimistisch sein – damit's mit dem Aufschwung auch klappt!

Bei all diesen Zumutungen und Erwartungen, die an Familien gestellt werden, hat nun die CDU in Wadersloh keine besseren Vorschläge zu machen, als erst einmal die Grundsteuer B um satte 51 %-Punkte anzuheben, Zuschüsse zu Schulwanderfahrten zu streichen und die Personalkosten für eine qualifizierte Sozialarbeiterstelle zu halbieren. Warum, fragen wir Sie, wird gerade an dieser Schraube zuerst gedreht? Und wenn der CDU-Fraktionsvorsitzende Bösl, bequem im Stuhl sitzend, dann noch ganz lapidar verlauten lässt, man mache dies nicht aus Spaß und übernehme selbstverständlich die Verantwortung, dann frage ich mich, ob hier wirklich die „Aufgaben der Gemeinde zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger erfüllt werden“ (Zitat Bürgermeister Westhagemann, Haushaltseinbringungsrede, Seite 1).

Die neue Bundesregierung, in der CDU und SPD die Verantwortung tragen, hat doch, so heißt es, die Weichen für den wirtschaftlichen Aufschwung gestellt. Aber – es scheint der Parteibasis entweder der nötige Optimismus oder die Geduld zu fehlen, diesen Wandel abzuwarten.

Sinnvolle Sparmaßnahmen und eine maßvolle Anhebung der Grundsteuer B um 10 %-Punkte (das entspricht in etwa der Größenordnung, in der Grundsteuer A und der Gewerbesteuer angehoben werden) wäre in unseren Augen vertretbar gewesen. Doch der von der CDU eingeschlagene Weg, sich erst einmal das schwächste Glied in der Kette vorzunehmen nämlich den Bereich Familie und Soziales, hier die Streichung von Geldern vorzunehmen und mit einer gravierenden Steuererhöhung gerade diesen Personenkreis weiter zu belasten, lehnt die FWG ab.

So schnell sind Wahlaussagen über den Haufen geworfen, wenn sie erst einmal ihren Zweck erfüllt haben!

Dieser von der CDU eingeschlagene Kurs wird von der FWG nicht mitgegangen! Wir werden dem Haushalt 2006 aus den genannten Gründen nicht zustimmen können. Und solange der Sachverhalt nicht geklärt ist, warum im Stellenplan zwar die volle Kraft für das Jugendzentrum aufgeführt, im Haushaltsplan aber die dafür notwendigen Gelder nicht bereitgestellt werden, können wir auch dem Stellenplan heute hier keine Zustimmung erteilen.

Nun noch ein paar Schlussbemerkungen:

Im vergangenen Jahr hat es für die FWG als Fraktion eine erhebliche Veränderung gegeben: wir *müssen* uns mit der SPD-Fraktion ein Büro teilen. Von Seiten der Verwaltung erst freundlich argumentierend umworben, anschließend unter Druck und dann vor vollendete Tatsachen gesetzt, haben wir diese Kröte schlucken müssen und halten fest: Wir sind damit sehr unzufrieden, sehen wir uns doch in einer freien politischen Arbeit behindert.

Einen weiteren Schritt in Richtung Entdemokratisierung mussten wir im Rahmen der NKF-Schulungen durch die Verwaltung und im Zuge der Haushaltsplanberatungen feststellen:

Die Verwaltung formuliert produktbezogen realistische Ziele und die verantwortlichen Personen werden später an ihren Aussagen gemessen werden können. Haushaltsmittel, die einzelnen Produktbereichen zur Verfügung gestellt werden, sind im Zuge der Budgetierung vom verantwortlichen Fachbereichsleiter verschiebbar. Die gewählten Bürgervertreter sollen, so lautet die Vorstellung der Verwaltung, zukünftig nur noch über das große Ganze debattieren, sich nicht mehr zu den „Kleinigkeiten“ wie etwa dem Zuschuss zu einem Verein äußern müssen.

Bleibt aber zum Schluss die schmerzhafteste Feststellung für die FWG:

Wir erleben momentan die Einführung des NKF in unserer Gemeinde als Versuch der Verwaltung, die Neuerungen im Sinne ihrer eigenen Ideen über die Köpfe der ehrenamtlichen Politiker hinweg durchzusetzen. Kontrollfunktionen können von Politikern immer schwerer wahrgenommen werden. Im kommenden Jahr soll schließlich auch eine neue Zuständigkeitsordnung für die einzelnen Ausschüsse entsprechend der Verwaltungsorganisation erarbeitet werden. Die FWG ist gespannt, welche Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse für Rat und Ausschüsse noch übrig bleiben. Inwiefern auf Dauer die angedachte stärkere Demokratisierung der Entscheidungsprozesse realisiert werden kann, ist für uns schwer vorstellbar.“

Elisabeth Hollenhorst
Vorsitzende FWG-Fraktion

Stellungnahme der FDP-Fraktion zur Haushaltssatzung 2006:

„NKF stellt auch für uns als FDP-Fraktion eine neue Herausforderung dar, weil -
betriebswirtschaftliches Denken und Handeln gefragt ist
-strategische Ziele formuliert werden müssen
-Controlling und Budgetierung erwartet wird.

Die neuen Instrumente sind zweifelsohne richtig und zukunftsweisend. Umfangreiche Vorarbeiten sind geleistet worden, wofür wir insbesondere den federführenden Kräften in der Verwaltung danken möchten. Allerdings sind zukünftig noch weitere Bausteine zu implementieren: wie Eröffnungsbilanz, Kennziffern, unterjähriges Controlling, Kosten- und Erlösrechnung sowie ein schlüssiges und umsetzbares Zielsystem.

Das neue System signalisiert uns in den Eckpunkten ein nennenswertes, positives Eigenkapital, wobei gleichzeitig ein beachtliches Abschmelzen der Rücklagen zu erkennen ist. Ein negativer Saldo im Gesamtergebnis von rd. 1,3 Mill. € konnte trotz eingerechneten massiven Steuererhöhungen nicht vermieden werden.

Nach Vorlage des Bürgermeisters sollen die Bürgerinnen und Bürger zu der unumgänglichen Erhöhung der Abwassergebühren im gleichen Jahr mit der Anpassung der Gemeindesteuern ein weiteres Mal zur Kasse gebeten werden.

Grundlage sind die bis heute strittigen fiktiven Hebesätze aus der Zeit der Rot-Grünen Landesregierung.

Dabei trifft es die umworbenen mittelständischen Gewerbetreibenden, die in unserer Gemeinde Ausbildungs- und Arbeitsplätze vorhalten sollen, gleich 3-fach:

bei der Grundsteuer A bzw. B.

1. für das Betriebsgrundstück
2. für das Privatgrundstück und
3. durch die Erhöhung der Gewerbesteuern

Rechnen wir die geplanten wünschenswerten Einnahmen bei der Gewerbesteuer von 1,8 Mio. € hinzu, so werden die zur Kasse gebeten, die die Mechanismen für den Wirtschaftskreislauf installieren und vorhalten.

Das ist mit der FDP nicht zu machen.

Wir stehen bekanntlich für Steuer- und Abgabensenkungen und hätten dieses sicherlich schwierige Thema im Rahmen einer grundlegenden notwendigen Steuerreform gern mit den gleichlautenden Aussagen unseres geplanten Koalitionspartners auf Bundesebene durchgesetzt.

Aus konjunktureller und arbeitsmarktpolitischer Sicht sind nach Aussagen vieler Experten statt Steuer- und Abgabenerhöhung, Senkungen gefordert.

Mit Ausgabenkürzungen hat die neue Landesregierung in Düsseldorf richtige Akzente gesetzt. Hieran knüpft auch die FDP in Wadersloh an. Wie in den Beratungen der vergangenen Jahre setzen wir auf Einsparungen und Streckungen durch realistische Einschätzung der Kostengrößen, Überprüfung der Notwendigkeit, Reduzierung überzogener Standards, der zeitlichen Abwicklung sowie Ausgewogenheit.

Mit unserem Antrag vom 25.11.2005 hat die FDP-Fraktion einige Ziele zum Haushaltsentwurf 2006 in Bezug auf Kürzungen und Ertragssteigerungen aufgezeigt.

Beispielhaft seien hier nochmals genannt:

1. Kürzung der Aufwandsentschädigungen
2. Einflussnahme zur Begrenzung der Kurse auf die originären Aufgaben der Volkshochschule.
3. Reduzierung der Ehrengaben
4. Effizienzsteigerung Bauhof
5. Ausgabenreduzierung: Maschinenbesatz, Versicherungswesen und Bekanntmachungen
6. Risikoaktualisierung zwecks Minderung der Sach- und Personen-Versicherungsprämien unter Berücksichtigung der durchgeführten Brandschutzmaßnahmen und Effizienzsteigerung der Feuerwehr
7. Demografische und wirtschaftstrukturelle Anpassung des Baulanderwerbs

Die in den Ausschussberatungen vorgetragenen Einsparvorschläge der anderen Fraktionen können wir mittragen, da die Überlegungen auch in unserer erweiterten Streichliste wieder zu finden waren.

Hierbei sind Investitionen richtigerweise ausgeschlossen, weil nur über Budgetierung nachhaltig Strukturverbesserungen zu erzielen sind. Dadurch wird die Steuerkraft einer Gemeinde dauerhaft gestärkt. Ebenso notwendig ist die Fortentwicklung der Wirtschaftlichkeit in fast allen Bereichen. Dabei bekommt das Einfordern von zusätzlichen Eigeninitiativen und Eigenverantwortung zukünftig einen höheren Stellenwert.

Mit den von uns eingebrachten Entlastungsvorschlägen können wir leider 2006 sicherlich nicht den im Verwaltungsentwurf eingestellten Steueranhebungsbetrag über rd. 210.000,00 € in voller Höhe kompensieren.

Eine ernsthafte Absicht, diesen Versuch nachhaltig zu unterstützen, war für uns bei der Mehrheitsfraktion nicht erkennbar.

Der Fehlbetrag ist daher, wenn dieser überhaupt erforderlich wird, der gebildeten Ausgleichsrücklage zu entnehmen.

Dieses sollte allerdings letztmalig erfolgen, denn ab 2007 ist ein ausgeglichener Gesamtergebnisplan anzustreben.

Die immer wieder positiven Jahresrechnungen vergangener Jahre aus dem Rechenschaftsbericht der Verwaltung belegen dazu nachweislich unsere berechtigte Hoffnung.

Sie entkräften die Notwendigkeit der angesetzten Erhöhung der Gemeindesteuern. Zudem hat die Verwaltung bereits im vorliegenden 1. Haushaltsentwurf nach NKF ebenfalls selbst Ziele definiert, die in der Summe größeres Einsparpotential offenlegt. Es ist Aufgabe der gewählten Politiker, dieses heute und zukünftig zur Vermeidung stetig steigender Belastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger deutlich einzufordern.

Die verbindlichen Daten des Gemeindefinanzierungsgesetzes werden erst im Frühjahr des kommenden Jahres vorliegen. Das vorliegende Zahlenwerk ist eine mit vielen Unsicherheiten behaftete Momentaufnahme.

Daher müssen rechtzeitig im Jahr 2006, im Kontext mit allen Fraktionen und der Verwaltung unter Einbezug der realistischen Schlüsselzuweisungen und Umlagen, erste Erfahrungen und entsprechende Ziele sicherlich neu formuliert werden. Hierzu geben uns die neuen Steuerungs- wie Rechenschaftsinstrumente der Kommunalverwaltung im Rahmen des unterjährigen Berichtswesens und Controllings frühzeitige Einflussmöglichkeiten.

Ergänzende Erkenntnisse wie erhellende Aufschlüsse wird die notwendige Eröffnungsbilanz und die wiederum positive Jahresrechnung 2005 bringen.

Die FDP-Fraktion steht zur konstruktiven Zusammenarbeit bereit.

Dem Stellenplan stimmen wir zu. Hier verlangt die Doppik sicherlich ein neues Anforderungsprofil der Mitarbeiter. Nicht verwalten steht an erster Stelle, sondern Sichtweisen mit betriebswirtschaftlichem Denken sind gefordert.

Das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ könnte ein Bestseller werden.

Unser Bürgermeister sieht in seiner Einbringungsrede die Gemeinde Wadersloh bereits als leuchtenden Stern am Finanzhimmel aufsteigen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind allerdings die eingebauten alten Antriebselemente mit dem „Steuermodul“ aus Sicht der F.D.P. ungeeignet und daher abzulehnen.

Der Dank geht heute an alle Damen und Herren des Rates, der Verwaltung und der Presse für die konstruktive wie angenehme Zusammenarbeit.

Ihnen allen: Frohe Weihnachten, ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2006.“

W.J. Weinekötter
Vorsitzender FDP-Fraktion

5.1 Haushaltssatzung 2006

Es wurde wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

Die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2006 wird in der erarbeiteten Fassung verabschiedet.

Haushaltssatzung

der Gemeinde Wadersloh für das Haushaltsjahr 2006

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), geändert durch Gesetz vom 16. November 2004, hat der Rat der Gemeinde Wadersloh mit Beschluss vom 21.12.2006 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	
Gesamtbetrag der Erträge auf	17.125.426 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	18.379.962 €

im Finanzplan	
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	13.610.620 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	14.890.730 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	2.475.530 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf festgesetzt.	2.528.150 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf festgesetzt.	400.000 €
--	-----------

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf festgesetzt.	420.000 €
--	-----------

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf festgesetzt.	1.254.536 €
---	-------------

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf festgesetzt.	2.000.000 €
--	-------------

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2006 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|--|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 195 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 380 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer auf | 403 v.H. |

§ 7

entfällt

§ 8

Erträge und Aufwendungen sowie Ein- und Auszahlungen werden produktweise zu folgenden Budgets zusammengefasst:

<u>Budget 1: Gleichstellung</u>	01.02.01
<u>Budget 2: Personalrat</u>	01.03.01
<u>Budget 3: Allgemeine Verwaltung</u>	01.01.01, 01.01.02, 01.05.01, 01.06.01, 01.06.02, 1.07.01, 01.09.01, 03.01.01, 03.01.02, 03.01.03, 03.01.04, 3.01.05, 03.01.06, 04.01.01, 04.01.02, 04.01.03, 08.01.01, 08.02.01, 05.01.01, 15.01.02
<u>Budget 4: Bauhof</u>	01.05.02
<u>Budget 5: Finanzwesen</u>	01.04.01, 01.08.01, 01.08.02, 01.08.03, 01.08.04, 16.01.01
<u>Budget 6: Gebäudemanagement</u>	01.10.01, 01.10.02, 01.10.03, 01.10.04, 01.10.05, 01.10.06
<u>Budget 7: Ordnungswesen</u>	02.01.01, 02.02.01, 02.03.01, 02.04.01, 02.05.01, 2.06.01, 02.07.01
<u>Budget 8: Dienstleistungen</u>	05.01.01, 05.01.02, 05.01.03, 05.02.01, 05.03.01, 6.01.02, 06.02.01, 06.02.02, 06.03.01
<u>Budget 9: Bauwesen</u>	09.01.01, 09.02.01, 10.01.01, 10.02.01, 10.03.01
<u>Budget 10: Tiefbau</u>	11.01.01, 11.02.01, 11.02.02, 11.02.03, 11.02.04, 12.01.01, 12.01.02, 12.02.01, 12.03.01, 13.01.01, 13.01.02, 13.02.01, 14.01.01

Personalaufwendungen und –auszahlungen sowie alle zahlungsunwirksamen Erträge und Aufwendungen sind von der Budgetierung ausgeschlossen.

Alle übrigen Positionen eines Budgets sind gegenseitig deckungsfähig. Mehrerträge berechtigen zu Mehraufwendungen. Mindererträge verringern die Aufwandsermächtigungen. Das Gleiche gilt für die Ein- und Auszahlungen.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 19:14:00 (J:N:E) Stimmen.

5.2 Stellenplan 2006

BM Westhagemann wies auf die im Stellenplan vorhandene Stelle im Jugendtreff hin.

Beschluss

Der Stellenplan 2006 wird in der erarbeiteten Fassung beschlossen.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 23:10:00 (J:N:E) Stimmen.

6 Änderung des Geltungsbereiches der Satzung der Gemeinde Wadersloh über die Grenzen für die im Zusammenhang bebauten Ortsteile gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 2 BauGB für den Bereich Wadersloh-Nord Satzungsbeschluss

BM Westhagemann erläuterte kurz die bisherigen Beschlussvorschläge aus dem Hauptausschuss sowie aus dem Bau-, Planungs- und Strukturausschuss. Es ergaben sich keine Rückfragen zu den einzelnen Punkten.

Beschluss:

Die aufgrund des Ratsbeschlusses vom 02.11.2005 beschlossene Erweiterung der „Satzung über die Grenzen für die im Zusammenhang bebauten Ortsteile gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 2 BauGB für den Bereich Wadersloh-Nord“ der Gemeinde Wadersloh wird hiermit gemäß §§ 10 und 34 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in Verbindung mit §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) – jeweils in der zzt. gültigen Fassungen – als Satzung beschlossen, nachdem der Entwurf zur Erweiterung der Satzung aufgrund des Ratsbeschlusses vom 02.11.2005 in der Zeit vom 14.11.2005 – 14.12.2005 einschließlich im Sinne des § 3 (2) BauGB während der Dienststunden im Zimmer 212 des Rathauses, Liesborner Straße 5, 59329 Wadersloh, öffentlich ausgelegen hat.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Beschluss:

Die Anregung der unteren Landschaftsbehörde, dass im Rahmen des Bauantrages entsprechende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen festgeschrieben und realisiert werden, wird zu gegebener Zeit im Rahmen des Bauantrages berücksichtigt.

Die Anregung der unteren Wasserbehörde, dass sichergestellt werden muss, dass eine ausreichende Grundstücksverfügbarkeit für die Verlegung und Umgestaltung des naturnahen Gewässers „Bergwiesenbach“ gegeben ist, wird auch aus Sicht des Investors befolgt, da sonst die bauliche Erweiterung nicht möglich ist. Es wird in die Satzung aufgenommen, dass das erforderliche Wasserrechtsverfahren nach § 31 Wasserhaushaltsgesetz bei Umlegung des Gewässers „Bergwiesenbach“ vor Bebauung der Erweiterungsfläche abgeschlossen sein muss. Aus konkretem Anlass ist dieses ohnehin erforderlich, da die Überbauung des Baches nicht möglich bzw. nicht vorgesehen ist.

Der Hinweis der unteren Bodenschutzbehörde, dass weder das Kataster des Kreises über altlastverdächtige Flächen und Altlasten noch das Verzeichnis über Altablagerungen, Altstandorte und schädliche Bodenveränderungen zur Zeit Eintragungen im Plangebiet und Änderungsbereich enthalten, wird zur Kenntnis genommen – ebenfalls, dass keine Anhaltspunkte vorliegen, die den Verdacht einer Altlast oder einer schädlichen Bodenveränderung begründen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Beschluss:

Zu der Anregung, dass seitens der Naturschutzvereine eine Eingrünung auch an der östlichen Grenze der Erweiterung begrüßt würde, wird ausgeführt, dass auf eine Eingrünung im östlichen Randbereich verzichtet wird, da der Betrieb sich eine zukünftige zusätzliche Erweiterung in östliche Richtung offen halten will. Bei dieser Entscheidung wurde berücksichtigt, dass mit der Verlegung und naturnahen Gestaltung des Bergwiesenbachs – nach Festlegung der endgültigen Lage der absehbaren baulichen Erweiterung – eine Eingrünung im östlichen Randbereich gesichert wird.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Beschluss:

Die aufgrund des Ratsbeschlusses vom 02.11.2005 beschlossene Erweiterung der „Satzung über die Grenzen für die im Zusammenhang bebauten Ortsteile gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 2 BauGB für den Bereich Wadersloh-Nord“ der Gemeinde Wadersloh wird hiermit gemäß §§ 10 und 34 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in Verbindung mit §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) – jeweils in der zzt. gültigen Fassungen – als Satzung beschlossen, nachdem der Entwurf zur Erweiterung der Satzung aufgrund des Ratsbeschlusses vom 02.11.2005 in der Zeit vom 14.11.2005 – 14.12.2005 einschließlich im Sinne des § 3 (2) BauGB während der Dienststunden im Zimmer 212 des Rathauses, Liesborner Straße 5, 59329 Wadersloh, öffentlich ausgelegen hat.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

7 Überarbeitung der Richtlinien für Ehrungen der Gemeinde Wadersloh

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die Richtlinien für Ehrungen der Gemeinde Wadersloh werden in der nachfolgend dargestellten Fassung beschlossen:

Richtlinien für Ehrungen

A n l a s s	M a ß n a h m e
I. <u>Einwohner</u>	
80. Geburtstag	Korb oder auf Wunsch Gutschein im Wert von 35,00 € und Besuch der stv. Bürgermeisterin oder eines stv. Bürgermeisters und nur im Verhinderungsfall durch ein anderes Ratsmitglied
85. Geburtstag	Glückwunschsreiben der Gemeinde

90. Geburtstag	Korb oder auf Wunsch Gutschein im Wert von 35,00 € und Besuch der stv. Bürgermeisterin oder eines stv. Bürgermeisters
91. bis 94. Geburtstag	Glückwunschsreiben des Bürgermeisters
95. Geburtstag	Korb oder auf Wunsch Gutschein im Wert von 35,00 € und Besuch des Bürgermeisters
96. - 99. Geburtstag	Blumenstrauß im Wert von 15,00 € und Glückwunschsreiben des Bürgermeisters
ab 100. Geburtstag	Korb oder auf Wunsch Gutschein im Wert von 35,00 € und Besuch des Bürgermeisters
„Goldene Hochzeit“	Korb oder auf Wunsch Gutschein im Wert von 35,00 € und Besuch der stv. Bürgermeisterin oder eines stv. Bürgermeisters und nur im Verhinderungsfalle durch ein anderes Ratsmitglied
ab „Diamantene Hochzeit“	Korb oder auf Wunsch Gutschein im Wert von 35,00 € und Besuch des Bürgermeisters
Ehrenpatenschaften des Bundespräsidenten	Geldgeschenk und Glückwunschsreiben überreicht durch den Bürgermeister
Ehrenpatenschaften der Gemeinde ab dem 4. Kind	Geschenk der Gemeinde im Wert von von 100,00 € und eine Urkunde überreicht durch den Bürgermeister

Durch besonderen Ratsbeschluss kann Einwohnern, die sich um die Gemeinde Wadersloh verdient gemacht haben, das Ehrensiegel oder der Ehrenbrief der Gemeinde Wadersloh verliehen werden.

II. Aktive Ratsmitglieder

60., 70. und 75. Geburtstag	Blumenstrauß und Glückwunschsreiben Besuch des Bürgermeisters
65. Geburtstag	Glückwunschsreiben der Gemeinde
Eheschließung	Geschenk im Wert von 50,00 € und Glückwunsch des Bürgermeisters
Geburt eines Kindes	Glückwunschsreiben des Bürgermeisters

Silberne Hochzeit	Blumenstrauß und Glückwunsch des Bürgermeisters
ansonsten wie bei Einwohnern	bei persönlicher Teilnahme: Bürgermeister
Mitgliedschaft zum Rat bei 5 vollen Wahlperioden oder 25 Jahren	Verleihung des Ehrensiegels der Gemeinde Wadersloh
Tod	Nachruf, Kranz und Kondolenzschreiben Kranzniederlegung durch den Bürgermeister und 1. stellv. Bürgermeister/in Mitteilung zur Teilnahme an der Beerdigung an alle Ratsmitglieder

Ausscheiden aus dem Rat

bei einer Mitgliedschaft	
von 1 vollen Wahlperiode oder 5 Jahren	Geschenk im Wert von 25,00 €
von 2 vollen Wahlperioden oder 10 Jahren	Geschenk im Wert von 50,00 €
von 3 vollen Wahlperioden oder 15 Jahren	Geschenk im Wert von 75,00 €
von 4 vollen Wahlperioden oder 20 Jahren	Verleihung des Ehrensiegels der Gemeinde Wadersloh
von 5 vollen Wahlperioden oder 25 Jahren	Geschenk im Wert von 125,00 €

III. Frühere Ratsmitglieder

70. Geburtstag	Blumenstrauß und Glückwunschsreiben (ab 10-jähriger Ratszugehörigkeit Besuch des Bürgermeisters)
75. Geburtstag	Glückwunschsreiben der Gemeinde
80. und 90. Geburtstag	Korb oder auf Wunsch Gutschein im Wert von 35,00 € und Besuch des Bürgermeisters
85. Geburtstag	Glückwunschsreiben der Gemeinde
Tod	Nachruf, Kondolenzschreiben

IV. Ehemalige Funktionsträger: Bürgermeister, Ehrenratsmitglieder, Ehrenbürger und Ehrensiegelträger, Wehrführer

70., 80. und 90. Geburtstag	Blumenstrauß und Glückwunschsreiben und Besuch des Bürgermeisters
75. und 85. Geburtstag	Glückwunschsreiben der Gemeinde
Tod	Nachruf, Kranz und Kondolenzsreiben Kranzniederlegung durch den Bürgermeister

V. Ehemalige stv. Bürgermeister

Tod	Nachruf, Kondolenzsreiben Beerdigung: Teilnahme des Bürgermeisters
-----	---

VI. Aktive sachkundige Bürger

Beendigung von Ausschuss-Mitgliedschaft, sofern sie 2 volle Wahlperioden oder 10 Jahre einem Ausschuss angehört haben	Geschenk im Wert von 35,00 €
Tod	Kondolenzsreiben

VII. Aktive Bedienstete

Eheschließung	Glückwunschsreiben und ein Geschenk im Wert von 50,00 €
Geburt eines Kindes	Glückwunschsreiben und ein Geschenk im Wert von 15,00 €
Dienstjubiläum	Glückwunschsreiben und für die Beamten ein Geschenk im Wert von 50,00 €, solange eine gesetzlich geregelte Jubiläumswendung nicht gewährt werden kann. Die Jubiläumswendung für die Angestellten und Arbeiter wird durch Tarifvertrag geregelt.
Silberne Hochzeit	Glückwunschsreiben und ein Geschenk im Wert von 35,00 €
Tod	Kranz, Nachruf und Kondolenzsreiben (Mitunterzeichnung: Vertreter des Personalrates)
Tod eines nahen Angehörigen (Ehepartner, Eltern, Kinder)	Kondolenzsreiben (evtl. Teilnahme an der Beerdigung am Ort durch den zuständigen Fachbereichsleiter)

VIII. Pensionierte Bedienstete

70. und weitere runde Geburtstage	Glückwünschschreiben der Gemeinde
Tod	Nachruf, Kondolenzschreiben, (Mitunterzeichnung: Vertreter des Personalrates) Kranz (für ehemalige Fachbereichsleiter)

IX. Aktive Schulleiter und deren Vertreter

Einführung bzw. Ernennung von Schulleitern und deren Vertretern	Besuch des Bürgermeisters oder des Beigeordneten mit einem Blumenstrauß
Tod	Nachruf, Kranz und Kondolenzschreiben

X. Pensionierte Schulleiter

Tod	Nachruf und Kondolenzschreiben
-----	--------------------------------

XI. Aktive Lehrer (an gemeindeeigenen Schulen)

Tod	Nachruf, Kondolenzschreiben des Bürgermeisters
-----	---

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

**8 Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe
Ausgaben für verschiedene Anlässe**

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Den überplanmäßigen Ausgaben bei der Haushaltsstelle 0000.658.0000.2 (Ausgaben für verschiedene Anlässe) in Höhe von 5.000,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei den Haushaltsstellen 0200.562.0000.3 (Aus- und Fortbildung des Personals = 2.500,00 €) und 2150.631.0001.9 (Kosten der Lernmittelfreiheit = 2.500,00 €).

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

9 Zuwendungen an Fraktionen (HA 9, P. 12.1)

Der Rat hat am 14.03.2001 beschlossen, dass mit Wirkung vom 01.01.2002 jede Fraktion für die Fraktionsgeschäftsführung eine Entschädigung als Sockelbetrag von 30,00 € monatlich und zusätzlich 7,00 € monatlich für jedes Fraktionsmitglied erhält.

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 07.12.2005 vorgeschlagen, diese Zuwendungen aufgrund der schwierigen Haushaltslage um 20 % zu kürzen.

Dem entsprechend wurde durch die Verwaltung die nachfolgende Neuregelung erarbeitet:

Die Fraktionen erhalten einen monatlichen Sockelbetrag von 28,00 € und zusätzlich 5,00 € monatlich für jedes Fraktionsmitglied.

	Sockel	Anz. Mitgl.	Mitgl.- betrag	Summe
	28,00 €		5,00 €	
CDU	336,00 €	18	1.080,00 €	1.416,00 €
SPD	336,00 €	6	360,00 €	696,00 €
FWG	336,00 €	4	240,00 €	576,00 €
FDP	336,00 €	4	240,00 €	576,00 €
				3.264,00 €

Die Veränderung entspricht einer Absenkung um 20,9 %.

In seiner ausführlichen Stellungnahme für die SPD-Fraktion ging RM N. Steiling darauf ein, dass die mit diesem Beschluss zu erreichende Einsparung keinen wirklichen positiven Effekt für den Haushaltsausgleich bringe. Auch Fraktionsmitglieder, also Ratsmitglieder und Sachkundige Bürger, seien Bürger der Gemeinde und damit von den insgesamt vorgenommenen Kürzungen bzw. Steueranhebungen betroffen. Bei einer Kürzung der Zahlungen an die Fraktionen erfolge also bei diesem Personenkreis eine Zusatzkürzung. Die SPD-Fraktion fühle sich durch diese Kürzung in ihrer Arbeit behindert. Die Verwendungsnachweise der vergangenen Jahre seien Beweis genug, dass die Beträge, insbesondere für Fortbildung und Literatur, dringend benötigt würden. Auch Fraktionsarbeit sei ehrenamtliche Arbeit und müsse geeignet unterstützt werden. Die SPD-Fraktion werde eine solche Entscheidung rechtlich prüfen lassen und schließe ein Kommunalverfassungsverfahren nicht aus. Er schloss mit der Bitte an den gesamten Rat, eine solche Entscheidung zu überdenken und nicht zu fassen.

RM Bösl wandte sich gegen die ebenfalls vorgetragene Bemerkung, dass der Beschlussvorschlag im Hauptausschuss vorschnell und übereilt gefasst worden sei. Der Kürzungsvorschlag der FDP habe allen Beteiligten frühzeitig vorgelegen. Im Übrigen müsse davon ausgegangen werden, dass alle Fraktionen, also auch die kleineren, eine Kürzung verkraften könnten, da eine der zwei kleinsten Fraktionen, nämlich die FDP, diesen Vorschlag unterbreitet habe. Zur Situation der Finanzierung in der CDU-Fraktion erläuterte RM Bösl, dass sich alle Fraktionsmitglieder persönlich an den Kosten der Fraktionsarbeit beteiligen würden.

RM Jungilligens sah in der Kürzung ein richtiges Zeichen. Wer Anderen Einbußen zumute, müsse dies auch bei sich selbst zulassen. Die Fraktionsarbeit werde unter der Verminderung nicht leiden, da es nach wie vor Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und Sitzungsgelder für Ratsmitglieder und Sachkundige Bürger gebe.

RM Weinekötter bestätigte, dass die FDP-Fraktion bei ihrem Antrag auf Kürzung bleibe. Die Arbeit in einer Fraktion sei ehrenamtlich und werde sogar noch durch Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder mitfinanziert. Die Kürzung sei zwar nur ein geringer Beitrag, es müsse aber insgesamt unbedingt erreicht werden, dass der Spielraum zum Handeln erhalten bleibe.

Beschluss:

Mit Wirkung vom 01.01.2006 erhält jede Fraktion für die Fraktionsgeschäftsführung eine Entschädigung als Sockelbetrag von 28,00 € monatlich und zusätzlich 5,00 € monatlich für jedes Fraktionsmitglied.

Dieser Beschluss ersetzt den Beschluss vom 14.03.2001.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 24:09:00 (J:N:E) Stimmen.

10 Antrag der CDU-Fraktion zur Schaffung eines Bolzplatzes in Wadersloh

Die CDU-Fraktion beantragte die Schaffung eines Bolzplatzes in Wadersloh (der Antrag war der Einladung zu dieser Rats-Sitzung beigelegt). Die Verwaltung wird gebeten, nach einem geeigneten Grundstück Ausschau zu halten. Als Begründung nannte die CDU-Fraktion, dass der Bolzplatz für Jugendliche zur Verfügung gestellt werden sollte, damit diese auch außerhalb des Sportplatzes spielen könnten.

Ohne weitere Aussprache wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion auf Schaffung eines Bolzplatzes in Wadersloh wird an den zuständigen Fachausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

11 Anfragen der Ratsmitglieder

Anfragen lagen nicht vor.

12 Berichte der Ausschüsse

12.1 Bau-, Planungs- und Strukturausschuss Nr. 7 vom 16.11.2005

12.2 Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Nr. 4 vom 17.11.2005

12.3 Ausschuss für Familie und Soziales Nr. 5 vom 23.11.2005

12.4 Ausschuss für Umwelt und Landschaft Nr. 2 vom 24.11.2005

Fragen zu den Punkten 12.1 bis 12.4 wurden nicht gestellt.

12.5 Hauptausschuss Nr. 9 vom 07.12.2005

RM E. Schmidt nahm Bezug auf Punkt 13.3. In dem Text sei fälschlicherweise das Wort „Demokratieabbau“ verwendet worden. Es müsse jedoch „Bürokratieabbau“ lauten.

Ergebnis:

In der Sachdarstellung zu Punkt 13.3 ist das Wort „Demokratieabbau“ durch das Wort „Bürokratieabbau“ zu ersetzen.

13 Verschiedenes

13.1 Zuständigkeitsordnung

Im Zusammenhang mit der anstehenden Änderung der Zuständigkeitsordnung bat RM Bösl den Bürgermeister, eine erste Beratung im Rahmen eines interfraktionellen Gesprächs mit allen Fraktionsvorsitzenden zu führen. Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, dass die Änderung der Zuständigkeitsordnung möglichst einvernehmlich erfolgen sollte.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

13.2 Zustand eines Weges

RM Werner wies auf den seiner Ansicht nach katastrophalen Zustand der Verlängerung der Westkampstraße in nördlicher Richtung (Zuwegung) zum Liesborner Holz hin. BM Westhagemann äußerte, dass zunächst geklärt werden müsse, wer Eigentümer dieses Weges sei.

Ergebnis:

Die Verwaltung wird sich gemeinsam mit dem Eigentümer um eine Lösung bemühen.

13.3 Ratsbesuch bei Prof. Dr. Drews in Aachen

Der Bürgermeister gab als Termin für den Ratsbesuch in Aachen bei Prof. Dr. Drews den 03.02.2006 bekannt. Eine separate Einladung werde noch erfolgen. Er bat alle Interessenten sich im Vorzimmer des Bürgermeisters anzumelden.

RM E. Schmidt bat um Prüfung, ob für die An- und Rückreise eine Zugfahrt in Frage kommen könne.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

BM Westhagemann bedankte sich für die konstruktive Sitzung und wünschte allen Sitzungsteilnehmern und Zuhörern eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr.

Ende des öffentlichen Teils dieser Sitzung 18:35 Uhr.